

04.07.2022

Armut im Ruhrgebiet: AWO fordert Unterstützung

„Die Armutszunahme in NRW ist besorgniserregend“, betont Serdar Yüksel, Vorsitzender der AWO Ruhr-Mitte. „Besonders im Ruhrgebiet steigen die Zahlen immer weiter, es gehört bundesweit zu den absoluten Problemzonen. Das Ausmaß ist so nicht länger tragbar.“



Serdar Yüksel bezieht sich bei seinen Ausführungen auf aktuelle Zahlen, die jetzt auf Grundlage des Statistischen Bundesamts erschienen sind. Mit 18,7 Prozent ist die Armutsgefährdungsquote in NRW demnach im Vorjahresvergleich (17,6) nochmals angestiegen. Bundesweit liegt die Quote bei 16,6 Prozent, im Ruhrgebiet sogar bei 21,1 Prozent.

”

Es braucht seitens der Politik nun dringend Instrumente, die diese Abwärtsspirale stoppen.

„Schon vor Corona hatte die steigende Armut im Ruhrgebiet eine besondere Dynamik angenommen. Durch die Pandemie ist diese Entwicklung jetzt noch einmal verstärkt worden“, schildert der AWO-Vorsitzende. „Hinzu kommt noch die Ukraine-Krise mit steigenden Preisen in vielen Bereichen, die das alltägliche Leben der Menschen betreffen. Es braucht seitens der Politik nun dringend Instrumente, die diese Abwärtsspirale stoppen“, fordert Serdar Yüksel.

Damit meint die AWO Ruhr-Mitte etwa kurzfristig helfende Instrumente wie eine Deckelung der Energiepreise und weitere Unterstützungen in diesem Bereich für Menschen, die auf Hilfsleistungen angewiesen sind. Dazu gehören nicht zuletzt Rentnerinnen und Rentner mit Anspruch auf Grundsicherung sowie Studentinnen und Studenten, die zusätzlich zum Bafög Leistungen brauchen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Armut nachhaltig bekämpfen

„Wir fordern vor allem von der neuen Landesregierung aber auch, die Armut im Ruhrgebiet endlich nachhaltig anzugehen - mit Maßnahmen zur Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze und Investitionen in soziale Angebote vor Ort“, sagt Serdar Yüksel.

„Armut wird inzwischen ganz oft vererbt. Wir müssen also bereits bei den Kindern ansetzen und Kita-Gebühren abschaffen, Offene Ganztagschulen auskömmlich finanzieren sowie niederschwellige Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Familien schaffen oder ausbauen, um sie gezielt zu fördern und zu beraten. Schwarz-Grün ist jetzt in der Pflicht, dem Armutsbericht nicht erneut ein politisches Armutszeugnis folgen zu lassen.“

Redaktion

Christopher Becker/ AWO Ruhr-Mitte

E-Mail: c.becker@awo-ruhr-mitte.de